

Rede zum gemeinsamen Antrag der CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen betreffend Modellprojekt Selbstverantwortung plus

Rede, 12.12.2007

Drucksache 16/8052 und 16/8203 am 14. November 2007

Frau Präsidentin,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,

seit Beginn des Modellversuchs SV plus sind in den 17 beteiligten Beruflichen Schulen bereits wichtige und entscheidende Schritte auf dem Weg zu einer verstärkten Eigenständigkeit und Selbstverantwortung geleistet worden. Ich möchte heute die Gelegenheit nutzen und allen beteiligten beruflichen Schulen ausdrücklich von dieser Stelle aus ein ganz herzliches Dankeschön sagen. Die Kollegien bringen sich über das übliche Maß hinaus in diesen Versuch ein und haben unser aller Respekt und Anerkennung verdient. Ich möchte sie heute hier ganz besonders lobend erwähnen.

Von Beginn an hat der Kulturpolitische Ausschuss diesen Modellversuch unterstützt und fördernd begleitet.

In zahlreichen Gesprächen mit den drei Sprechern der Modellschulen wurden der Verlauf des Modellversuchs, aber auch die bei der Umsetzung der sechs Handlungsfelder auftretenden Probleme immer wieder ausführlich erörtert. Dabei wurde deutlich, dass vielfach die fehlende Rechtsfähigkeit der Schulen mit das Hauptproblem darstellt.

Ein vom Kultusministerium in Auftrag gegebenes umfangreiches und umfassendes Rechtsgutachten hat uns nun Wege aufgezeigt, wie eine mögliche Rechtsform der beruflichen Schulen in Zukunft aussehen könnte.

Allerdings sind wir uns im Ausschuss alle einig gewesen, dass, bedingt durch das Ende der Legislaturperiode und die Konstituierung des neuen Landtags, noch einige Zeit verstreichen wird, bis wir diese Rechtsform letztendlich gesetzlich regeln können.

Mit dem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen und dem dazugehörigen Änderungsantrag wollen wir diese Zeitspanne konstruktiv überbrücken und den Modellschulen bereits jetzt weitere Möglichkeiten bieten, wie sie sich in diesem Bereich der Selbständigkeit fortentwickeln können.

In der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit möchte ich nur einige wenige wichtige Punkte anführen. Wir wollen den Modellschulen die Möglichkeit eröffnen, von den unterrichtlichen Rahmenbedingungen wie Gruppengröße oder Rahmenstundentafel abzuweichen. Die Modellschulen können eigenständig die Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit vornehmen. Die Schulen können freiwillig die Gewährung von Leistungsprämien im Rahmen des Schulbudgets erproben. Den Schulen wird die Möglichkeit eingeräumt, gegen Gebühren Fort- und Weiterbildungsangebote anzubieten.

Den Modellschulen wird die Möglichkeit eingeräumt, ein eigenes Schulgirokonto zu führen und Produkte, die im Unterricht erstellt wurden, zu veräußern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
Lehrkräfte der Schule können freiwillig im
Rahmen ihrer jeweiligen Pflichtstunden auch bei Fort- und
Weiterbildungsmaßnahmen eingesetzt werden.

Um diese doch recht umfangreichen Handlungsspielräume ausreichend erproben zu
können, sind wir der Auffassung, dass der Modellversuch SV plus über den 31. 12.
2009 hinaus um 2 Jahre verlängert werden sollte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
als jemand der 24 Jahre lang Berufsschullehrer war, sage ich Ihnen ganz ehrlich:
Wenn Sie mir vor einigen Jahren erzählt hätten, dass diese Möglichkeiten geschaffen
werden, dann hätte ich Sie milde belächelt und mir dabei meinen Teil gedacht.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,
mit unserem heutigen gemeinsamen Antrag schaffen wir weitere Meilensteine auf
dem Weg zur Eigenverantwortung und Selbständigkeit der Beruflichen Schulen.

Mit diesem, von Hessen beschrittenen Weg, werden unsere Berufliche Schulen zu
den modernsten und innovativsten Beruflichen Schulen in ganz Deutschland!